

POLITISCHES GESCHEHEN

Nepal in einem kritischen Stadium

von Karl-Heinz Krämer

Es ist schon frustrierend, wenn man halbjährlich für die Nepal Information über die aktuellen politischen Entwicklungen berichten soll und jedesmal feststellen muß, daß alle Hoffnungen auf Frieden und eine Besinnung der politisch Verantwortlichen erneut vergeblich waren. Täglich sterben Menschen wegen des sinnlosen Konflikts, immer sind die Opfer Nepali, egal ob es sich um Maoisten, Sicherheitskräfte oder Zivilisten, nicht selten Kinder, handelt. Die Maoisten setzen ihren blutigen Feldzug fort, unternehmen Anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen, zerstören Infrastruktur, entführen in großer Zahl Menschen, insbesondere Schüler, oder legen Minen. Ihr direkter Gegner, die Armee des Königs, verhält sich keinen Deut besser. Nach wie vor werden nur selten Gefangene gemacht. Weiterhin reicht der Verdacht, es könne sich um Maoisten halten, für die Sicherheitskräfte aus, um Menschen niederzuschießen. Nicht selten stellt sich hinterher heraus, daß es sich in Wirklichkeit um unschuldige Zivilisten handelte, oft Minderjährige. Viele Menschen werden willkürlich verhaftet und verschwinden spurlos in Armeeverliesen.

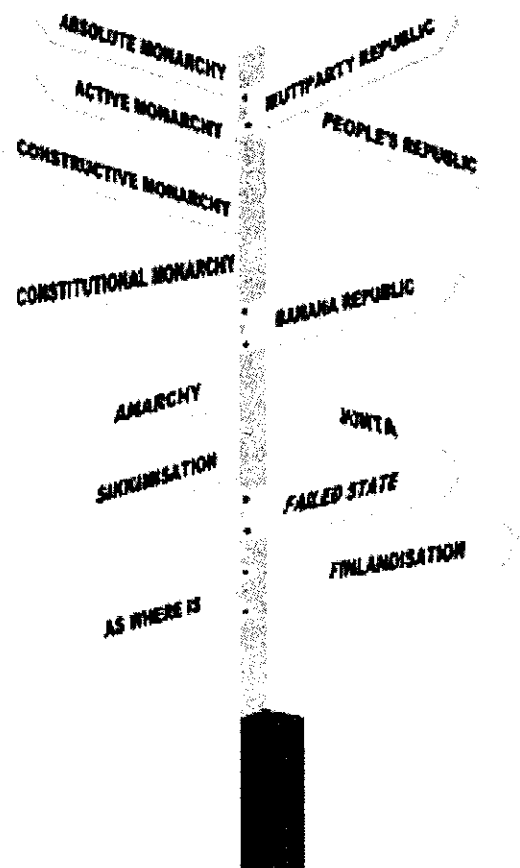
Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen prangern Maoisten und Armee ob dieser menschenrechtsverachtenden Vorgehensweisen an. Beide Konfliktseiten zeigen sich davon unbeeindruckt. Die Armee, immerhin ein direkt dem König unterstehendes staatliches Organ, erklärt sich als nicht an Gesetz und Rechtsprechung gebunden. Abgesegnet wird dies durch eine vom König unterzeichnete Verordnung, den *Terrorist and Disruptive Activities (Control and Punishment) Ordinance (TADO)*, welcher in seiner jüngst verschärften Version den Sicherheitskräften erlaubt, als Maoisten verdächtige Personen bis zu einem Jahr ohne Einschaltung von Gerichten und ohne Information der Angehörigen an geheim gehaltenen Orten zu inhaftieren, davon die ersten sechs Monate sogar ohne Informierung der vorgesetzten Stellen.

Die *National Human Rights Commission (NHRC)*, die eigentlich über die Einhaltung der Menschenrechte wachen soll, sieht sich außer Stande, ihre Aufgabe zu erfüllen. Die Maoisten sind als Untergrundorganisation ohnehin nur schwer kontrollier- und beeinflussbar, aber auch die Armee reagiert nicht auf Anfragen und Appelle der NHRC. In ähnlicher Weise unfruchtbar

sind viele Kampagnen nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen.¹ Selbst Anfragen und Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes verhallen ungehört.

Regierung

Die Regierung von Premierminister Sher Bahadur Deuba ist nun seit rund einem halben Jahr im Amt. Von einer auch nur ansatzweisen Umsetzung des gemeinsamen Minimalprogramms der vier an der Regierung beteiligten Parteien (*Nepali Congress-Democratic, CPN-UML, Rastriya Prajatantra Party* sowie die von Badi Prasad Mandal angeführte Gruppe der *Nepal Sadbhavana Party*) ist schon lange keine Rede mehr. Deuba hat erkennen müssen, daß auch seine Regierung nur eine solche von Königs Gnaden ist. Dies wird ihm von allen Seiten ins Gesicht gesagt: von der Armee, von den Maoisten, von den konservativen, königstreuen Kreisen, von den kritischen Medien, von den immer enga-



gierter auftretenden Gruppen der zivilen Gesellschaft. Derweil schaut derjenige, der alle Macht an sich gerissen hat, König Gyanendra, taten- und wortlos zu. Es wirkt fast, als warte er nur darauf, daß auch diese Regierung wieder an ihrer Machtlosigkeit scheitert.

Hatte Deuba zunächst darauf gesetzt, möglichst rasch einen Friedensschluß und Dialog mit den Maoisten zu erreichen, so ist dieses Ziel wohl inzwischen in unerreichbare Ferne gerückt. Allzu deutlich haben die maoistischen Führer der Regierung klargemacht, daß sie gar keine Vollmacht für einen derartigen Prozeß besitzt. Sie, die Maoisten, wollen nur mit dem verhandeln, der die Macht hat und auf dessen Kommando die Armee hört, König Gyanendra.

Angesichts der Aussichtslosigkeit eines baldigen Friedensprozesses, setzt Deuba nun zunehmend auf das andere Pferd, mit dem jedoch auch die beiden Vorgängerregierungen schon kläglich gescheitert sind, die Durchführung von Parlamentswahlen. Inzwischen droht der Premierminister sogar den Maoisten, im kommenden Frühjahr auch ohne Friedensprozeß Parlamentswahlen durchzuführen. Jeder, der auch nur einen Hauch Ahnung von der Situation in Nepal hat, weiß, daß dies ein völlig aussichtsloses Unterfangen ist. Entsprechend dürfte diese »Drohung« auf die Maoisten wirken.

Unterdessen zeigen sich deutliche Risse in der Vierparteienkoalition. Ganz besonders gilt dies für die CPN-UML. Während die Parteibasis fast geschlossen auf einen Rückzug aus der Regierung drängt, herrscht zwischen den Parteiführern noch Meinungsverschiedenheit. In jüngster Zeit ist es wieder zu einer vorsichtigen Annäherung zum *Nepali Congress* gekommen, der das königliche Regime weiterhin von den Straßen aus bekämpft. Eine erneute Kooperation mit der CPN-UML macht der *Nepali Congress* jedoch davon abhängig, daß die UML sich von Deubas Splitterpartei distanzieren.

Auch die konservative *Rastriya Prajatantra Party (RPP)* geht allmählich auf Distanz zur Regierung. Hier kommt erschwerend hinzu, daß die Partei erneut von einer Spaltung betroffen wurde: Surya Bahadur Thapa, bis Juni noch Premierminister, ist aus der RPP ausgetreten und schickt sich an, eine eigene Partei aufzubauen.

Ein schwerer Rückschlag für die Regierung kam auch noch aus einer völlig anderen Richtung. Der Mangel an Arbeitsplätzen wird immer mehr zu einem gravierenden Problem in Nepal; die durch den maoistischen Konflikt ausgelöste Landflucht der jungen Leute hat dies noch weiter verstärkt. Zahlreiche Agenturen nutzen diese Situation, um nepalische Arbeitskräfte

ins Ausland zu vermitteln, wobei sie auch vor Krisengebieten nicht zurückschrecken. Das Problem wurde im August auf besonders dramatische Weise deutlich, als zwölf junge Nepalis im Irak zunächst entführt und dann ermordet wurden. Das Ereignis hatte religiös-kulturelle Unruhen in Kathmandu und einigen anderen Orten des Landes zur Folge. Moscheen sowie die Häuser und Geschäfte nepalischer Muslime wurden von einem aufgebrachten Mob ebenso verwüstet wie die Einrichtungen von Botschaften und Fluggesellschaften aus arabischen Staaten sowie die Büros einiger Jobvermittlungsagenturen. (Siehe hierzu den grundlegenden Kommentar von Rajendra Pradhan zum nepalischen Toleranzverständnis im Kasten).

König Gyanendra

Ein weiterer Schlag für die Regierung kam von Mohammad Mohsin, der als Nominierter des Königs im Kabinett sitzt. Mohsin war einer der überzeugtesten Politiker des *Panchayat*-Systems und stieg als Mann des Königs auch im demokratisierten Nepal nach 1990 bis zum Vorsitzenden der Nationalversammlung, d. h. des Oberhauses des Parlaments, auf (laut der Verfassung wird ein Sechstel der Abgeordneten des Oberhauses vom König nominiert). Es wirkte wie ein geplanter Schachzug König Gyanendras, als Mohsin im November ankündigte, das sich Nepal auf dem Weg zu einem autoritären Regime befinde. Nach einem Sturm der Entrüstung in politischen und zivilen Kreisen erklärte Mohsin sich dann als falsch interpretiert.

Vier Wochen später kam die nächste Salve aus Richtung Monarchie: Der *Raj Parishad*, ein zentraler königlicher Rat, der laut Verfassung nur noch bei Problemen der Thronfolge (beispielsweise im Juni 2001) eine Rolle spielen soll, hielt eine weitere Regionalkonferenz ab, diesmal in der Zentralregion, um den König in politischen Dingen beraten zu können. Dies wurde allgemein als völliger Mißbrauch dieses Rates interpretiert, da dem König laut Verfassung von 1990 keine direkte politische Macht zusteht.

König Gyanendra selbst spielt derweil den stillen Beobachter im Hintergrund. De facto hat er mit seinem Schritt vom 4. Oktober 2002 dem Volk die Souveränität genommen und alle Macht an sich gerissen. Den drei von ihm eingesetzten Regierungen fehlte die Legitimation. Das gilt auch für die jetzige Vierparteienregierung; ihre Mitglieder mögen zwar in politischen Parteien organisiert sein, aber sie wurden nicht vom Volk gewählt und sind auch nicht einem vom Volk gewählten Parlament verantwortlich. Besonders deutlich wird die Machtlosigkeit der Regierung, wenn

es um entscheidende Weichenstellungen geht wie den Friedensdialog mit den Maoisten, die Abhaltung von Wahlen, die Wiedereinsetzung des Parlaments, die Kontrolle der Armee usw. Der einzige, der hier unter den von ihm selbst produzierten Umständen wirklich Entscheidungen treffen könnte, ist König Gyanendra. Dieser aber läßt den Eindruck sich vertiefen, daß die Regierung unfähig ist, und beschränkt sich bei seinen seltenen eigenen Statements auf wenig aussagekräftige Parolen, wie sie seit Jahrzehnten von der Monarchie und ihren Anhängern in die Welt gesetzt werden.

Ein besonderer Vorwurf ist dem König im Zusammenhang mit den gravierenden Menschenrechtsverletzungen der Armee zu machen. Die Armee hat wiederholt klargemacht, daß sie lediglich vom König Befehle entgegennimmt. Aufforderungen und Bitten anderer staatlicher Organe, wie der Regierung, des Obersten Gerichtshofes und der *National Human Rights Commission (NHRC)* verhallen ungehört. Von König Gyanendra kommt unterdessen weder eine Weisung an seine Armee, den Aufforderungen der genannten Stellen nachzukommen, noch hat er je auf die Proteste und Aktionen anderer Staaten und internationaler Menschenrechtsorganisationen reagiert.

Egal, welchen Weg Nepal zur Lösung des Konflikts beschreitet, es geht angesichts seiner Machtergreifung nur unter Mitwirkung und mit Bereitwilligkeit des Königs. Man hat den Eindruck, daß er sich dem jedoch verweigert, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. (Siehe hierzu den nachfolgenden fundierten Beitrag des bekannten Journalisten Kanak Mani Dixit, *Himal Media*)

Zivile Gesellschaft

Eine interessante Entwicklung ist seitens der zivilen Gesellschaft zu verzeichnen. Gerade in den Medien wird immer offener über die Situation und Auswege diskutiert. Die Scheu vor Kritik an der Institution der Monarchie ist zwar immer noch spürbar, doch gibt es auch immer mehr sehr offene Stellungnahmen. Nur wenige Medien verschließen sich dieser Entwicklung noch völlig. Hierzu gehören natürlich die regierungseigenen Zeitungen wie *Gorkhapatra* und *Rising Nepal*, aber auch die gegenüber den Parteien und Indien sehr kritische Wochenzeitung *People's Review*.

Die allgemeine Bevölkerung ist ganz offensichtlich zusehends mit der Geduld am Ende, bezieht öffentlich Stellung und widersetzt sich immer häufiger sowohl den Maoisten als auch dem Militär. Mitte Oktober wurde seitens der zivilen Gesellschaft eine eigene Friedenskommission ins Leben gerufen, die sich

um eine Einflußnahme auf König, Regierung und Konfliktparteien bemüht. Einen Monat später waren es im westnepalischen Dailekh insbesondere Frauen, die gegen die Repressalien der Maoisten demonstrierten. In den Folgewochen breiteten sich derartige Aktionen auf benachbarte Distrikte aus. Die Maoisten reagierten zunächst schroff und mit Gewalt, doch wurden in der Folgezeit Differenzen zwischen der lokalen Basis und der maoistischen Führung deutlich. Die Regierung versuchte ihrerseits diese Aktionen zu nutzen und rief zu einer Ausweitung auf. Hier besteht jedoch die Gefahr, daß die Bevölkerung auf unverantwortliche Weise in den Konflikt hineingezogen wird. Es ist bereits wiederholt zu gewalttätigen Aktionen der zivilen Bevölkerung gegen einzelne Maoisten gekommen. Die Lösung des Konflikts kann aber nicht durch eine weitere Eskalation der Gewalt erreicht werden. Die zivile Bevölkerung sollte sich auf moralischen Druck beschränken.

Erfreulich sind in diesem Zusammenhang auch die Aktivitäten der Auslandsnepali. Ihr Zusammenschluß in der Organisation der *Non-Resident Nepalis (NRN)* zeigt hier meines Erachtens Früchte. Auf lange Sicht braucht Nepal die Mitwirkung der NRN. Solange es mangels Parlament keine gesetzlichen Grundlagen für ein direktes Mitwirken der NRN am Entwicklungsprozeß des Landes gibt, können sie durchaus auch aus der Ferne wirksam werden, insbesondere durch sachlich begründete Kritik und Vermittlung. Dies nutzen herausragende Persönlichkeiten der NRN in zunehmendem Maße.

Ausland

Die Haltung der auswärtigen Nationen zum Konflikt in Nepal ist unterschiedlich. Während die meisten westlichen Staaten, darunter Deutschland und die meisten anderen Länder der EU, den gesamten Konflikt im Auge haben und eine friedliche Lösung des maoistischen Aufstands, die Wiederherstellung der Demokratie und die Achtung der Menschenrechte einfordern, gibt es andere Nationen, die eine Lösung des maoistischen Konflikts mit militärischer Gewalt unterstützen. Namentlich sind hier die USA zu nennen, welche die RNA wiederholt mit Waffen und Beratung unterstützt haben. George Bush hat diese Marschrichtung nach seiner Wiederwahl noch einmal bekräftigt. Die Einhaltung der Menschenrechte mahnt die amerikanische Regierung dabei nur am Rande und eher zaghaft an; die Machtergreifung des Königs und der Niedergang der Demokratie scheinen die US-Regierung gar nicht zu interessieren. Ende August schob der amerikanische Congress dieser Politik gewissermaßen einen Riegel

vor, als er seine Zustimmung zu weiteren Waffenlieferungen von der Einhaltung der Menschenrechte durch die RNA abhängig machte. Eine erste positive Reaktion war die plötzliche Gesprächsbereitschaft des *Chief of the Army Staff (COAS)*, General Pyar Jung Thapa, sowohl mit dem Hauptrichter der Obersten Gerichtshofes als auch mit der NHRC; dies hatte er zuvor strikt abgelehnt.

Vermutlich hatte diese Gesinnungsänderung auch mit der Ankündigung des UN-Menschenrechtskommissars zu tun, die Menschenrechtslage in Nepal vor dem Hintergrund der Genfer Konvention in Augenschein zu nehmen; diese Aktion sollte bis Mitte Dezember abgeschlossen sein.

Auch die indische Regierung könnte diesbezüglich Druck ausgeübt haben. Unmittelbar vor seiner erklärten Gesprächsbereitschaft hatte General Thapa in Indien Vertreter der dortigen Regierung und Armee getroffen. Indien zeigt sich zunehmend an einer Lösung des maoistischen Aufstands interessiert. Dies hängt wohl ganz entscheidend mit der Entwicklung im eigenen Land zusammen. Kürzlich haben sich die beiden bedeutendsten maoistischen Gruppierungen Indiens, *Maoist Communist Center (MCC)* und *People's War Group (PWG)*, zur *Communist Party of India (Maoist)* zusammengeschlossen. Ihre Kooperation mit den nepalischen Maoisten scheint intensiver geworden zu sein. Letztere sollen darüber hinaus auch mit Unabhängigkeitsbewegungen Nordostindiens, wie *United Liberation Front of Asom (ULFA)* und *Kamtapur Liberation Organisation (KLO)*, kooperieren. All das war Anlaß für Indien, seine sogenannte *Border Security Force (BSF)* entlang der nepalischen Grenze zu verstärken und in höchste Alarmbereitschaft zu versetzen.

Perspektiven

Nepal verbleiben fünf Optionen, die derzeitige verfahrenere Situation zu beenden. Die naheliegendste wären ein sofortiger Waffenstillstand und Gespräche mit den Maoisten. An deren Ende müßte eine angemessene Berücksichtigung der maoistischen Forderungen und ihre Eingliederung in das politische System stehen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß es zu einer solchen Entwicklung kommt. Die Regierung hat nicht die Macht für Verhandlungen, die Maoisten wollen nur mit dem König direkt verhandeln und letzterer hat offensichtlich kein Interesse an solchen Gesprächen, weil er eine drastische Beschränkung seiner Macht zu befürchtet.

Das Gegenteil einer solchen friedlichen Lösung wäre eine militärische. Hierfür treten sowohl der König und seine Armee als auch die US-Regierung ein.

Eine kurzfristige militärische Lösung ist jedoch völlig undenkbar. Die Folge wäre eine unverantwortliche Verlängerung des Leidens der nepalischen Bevölkerung, der Tod weiterer tausender Menschen und der völlige wirtschaftliche Niedergang des Landes.

Der dritte mögliche Wege wäre die Durchführung von Wahlen. Hierfür tritt die derzeitige Regierung ein, insbesondere Premierminister Deuba. Letzteres ist nicht verwunderlich, da nach dem abzusehenden Scheitern von Gesprächen mit den Maoisten sein Verbleib im Amt ganz entscheidend mit der Durchführung von Wahlen gekoppelt ist; so jedenfalls lautet der Auftrag von König Gyanendra, der ihn eingesetzt hat. Da freie und faire Wahlen unter den gegebenen Umständen undenkbar sind, ist auch Deuba bereits heute zum Scheitern verurteilt.

Als vierter Weg verbleibt die Wiedereinsetzung des Ende Mai 2002 auf Betreiben Deubas aufgelösten Parlaments. Dies wäre zweifelsohne der demokratischste Weg, weil das Problem des machtergreifenden Monarchen mit einem Schlag aus der Welt wäre. Der Friedensprozeß, Neuwahlen unter Beteiligung der Maoisten und notwendige Verfassungsänderungen wäre dann Aufgabe der 1999 gewählten Parlamentarier. Dies wäre übrigens schon im Oktober 2002 der einzig richtige Weg auf der Grundlage des Artikels 127 gewesen, weil nur damit die Souveränität beim Volk verblieben wäre. König Gyanendra hat schon damals diesen Weg ausgeschlagen; es ist daher nicht zu erwarten, daß er heute darauf zurückgreift.

Der letzte Weg, wäre das Schlimmste, was Nepal treffen könnte, nämlich die endgültige Machtergreifung des Königs mit Hilfe seiner Armee; Erinnerungen an Dezember 1960 würden wach. Über Adjutanten wie Mohammad Mohsin und den früheren Pseudokommunisten und späteren Vorsitzenden des *Raj Parishad*, Krishna Jang Rayamajhi, wurde eine solche Entwicklung in den letzten Wochen wiederholt gefordert. Es bleibt die Hoffnung, daß König Gyanendra sich besinnt und auf den demokratischen Weg zurückkehrt. Letzterer Weg würde unweigerlich zum Bürgerkrieg und zum Ende der Monarchie führen. (Für eine detaillierte Analyse der Situation und Perspektiven aus nepalischer Sicht verweise ich auf die nachfolgenden Beiträge von Kanak Mani Dixit und Ghanashyam Ojha).

1 Siehe z.B. die neueren Berichte von *Human Rights Watch (Between a Rock and a Hard Place: Civilians Struggle to Survive in Nepal's Civil War)*, Oktober 2004, Vol. 16, No. 12, 104 pp.: <http://www.hrw.org/reports/2004/nepal1004/nepal1004.pdf> und *Amnesty International (Nepal: Human rights defenders under threat)*, AI Index: ASA 31/141/2004, 28. Juli 2004: [http://web.amnesty.org/library/pdf/ASA311412004ENGLISH/\\$File/ASA3114104.pdf](http://web.amnesty.org/library/pdf/ASA311412004ENGLISH/$File/ASA3114104.pdf)